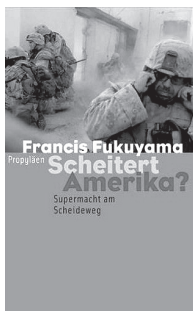


Fukuyama am Scheideweg

Der Autor von „Das Ende der Geschichte“ will nach dem Irak-Krieg kein Neokonservativer mehr sein

von Michael Kimmage

Francis Fukuyama hat sich im Streit über die US-Außenpolitik von den Neokonservativen verabschiedet. Rückblickend erzählt er, nicht ohne Sympathie, die Geschichte der neokonservativen Denkschule und macht Vorschläge, wie deren freiheitsbewusstes Erbe für eine neue, multilateral orientierte Außenpolitik nutzbar gemacht werden kann.



Francis Fukuyama:
*Scheitert Amerika?
Supermacht am
Scheideweg.*
Propyläen,
Berlin 2006.
220 Seiten,
€ 20,00.

Francis Fukuyamas neues Buch „Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg“ hat eigentlich zwei Themen: das Ende des Kalten Krieges und den Beginn des Irak-Krieges. Der Krieg gegen den Irak hat seinen offensichtlichen Grund in den Anschlägen vom 11. September, die eine Revision der bisherigen amerikanischen Außenpolitik zur Folge hatten. Präemptive Militärschläge wurden für rechtmäßig erklärt und bestimmte informelle Traditionen der Zurückhaltung und der Zusammenarbeit aufgegeben. Nach dem 11. September war tatsächlich nichts mehr wie zuvor. Fukuyama hält dieses geflügelte Wort allerdings für irreführend. Denn die geistigen Wurzeln dieser neuen amerikanischen Außenpolitik reichen ihm zufolge bis in die neunziger Jahre, ja bis in die Zeit des Kalten Krieges zurück. Die Fehler der amerikanischen Außenpolitik seit dem 11. September hätten ebenfalls ihre Wurzeln im Kalten Krieg beziehungsweise in den falschen Lehren, die aus ihm gezogen wurden.

„Scheitert Amerika?“ beschäftigt sich mit den außenpolitischen Fehlern der USA, vor allem mit dem Irak-Krieg. Im letzten Kapitel „Eine andere US-Außenpolitik“ bringt Fukuyama die begründete Hoffnung auf eine bessere Außenpolitik zum Ausdruck. Außer Ratschlägen und Zukunftsszenarien findet sich hier ein Plädoyer für ein besseres historisches Verständnis des Kalten Krieges. Ohne Ge-

sellschaftsverständnis gäbe es auch keine politische Vernunft.

Francis Fukuyama, Professor für Politische Ökonomie an der School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University, hat immer schon gedankliche Synthesen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft angestellt. In „Das Ende der Geschichte“ (1992) dachte er über die philosophische Bedeutung des Zusammenbruchs des Kommunismus nach. War die Geschichte, eine Abfolge ideologischer Konflikte, mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes an ihrem Ziel angekommen? War der Triumph der liberalen Demokratie, für die die Amerikaner und andere gekämpft hatten, ein Zeichen für den Tod des Letzten Menschen, der alsbald durch postmoderne Automaten ersetzt werden würde, die in seelenloser Harmonie mit dem liberaldemokratischen Status quo existieren würden? Das waren keine rein philosophischen Fragen. Fukuyama bewegt sich zwischen Universitäten, Think-Tanks und der US-Regierung. Eine der wichtigsten Fragen in „Das Ende der Geschichte“ dreht sich darum, wie die amerikanische Regierung sich auf eine Welt nach dem Kalten Krieg einstellen soll. Der Wunsch, die Zukunft vorauszusagen, ist den meisten politischen Denkern eigen. Was Fukuyama 1992 auszeichnete, war allein das Ausmaß seines diesbezüglichen intellektuellen Ehrgeizes.

Mit „Das Ende der Geschichte“ begann Fukuyamas Laufbahn jedoch erst. In den späten neunziger Jahren war er Mitglied des Project for a New American Century, einem Versuch vorwiegend konservativer Intellektueller, den „posthistorischen“ Kurs Amerikas festzulegen. In den Titeln seiner folgenden Bücher spiegeln sich sozialwissenschaftliche Zukunftsszenarien: „Der große Aufbruch. Wie unsere Gesellschaft eine neue Ordnung erfindet“ (1999), „Das Ende des Menschen“ (2002) und „Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik“ (2004). Auch seine Essays im Vorfeld von „Scheitert Amerika?“ behandeln die Spannungen zwischen Vergangenheit und Zukunft. Im Sommer 2004 veröffentlichte Fukuyama im *National Interest* einen Essay mit dem Titel „The Neoconservative Moment“, in dem er andeutete, dass dieser bereits vorbei sei. Im Februar 2006 stellte er diesen Punkt in einem Essay für das *New York Times Magazine*, „After Neoconservatism“, noch deutlicher heraus. Die Frage war nun nicht mehr, ob die Zeit des Neokonservatismus vorbei sei, sondern warum und was an seine Stelle treten könnte.

„Scheitert Amerika?“ erzählt zunächst die Geschichte der neokonservativen Bewegung. „Tatsache ist, dass die wesentlichen Prinzipien der Neokonservativen ... tief in einer Vielzahl amerikanischer Traditionen verankert sind. Sie entstammen einem kohärenten Ensemble von Ideen, Argumenten und Schlussfolgerungen“ und haben liberale wie konservative Wurzeln. Der Neokonservatismus entstand in den vierziger Jahren aus Gegnerschaft zum Kommunismus. Er wollte die amerikanische Demokratie auffrischen und demokratische Werte auch nach außen verbreiten, insbesondere dorthin, wo der Kommunismus herrschte. Dieser demokratische Idealismus wurde aus-

balanciert durch die „Opposition gegen eine utopische Sozialtechnologie, die das dauerhafteste Element in der Geschichte dieser Bewegung ist“, eine generelle Skepsis gegenüber Utopien sowie den konservativen Respekt gegenüber Grenzen und Traditionen. Neokonservative Denker befassten sich ausgiebig mit der kommunistischen Bedrohung. Der Fall der Berliner Mauer „gab den vermeintlichen Träumern recht und bestätigte ihr Selbstvertrauen beträchtlich“. Fukuyama spielt den antikommunistischen Eifer der Neokonservativen während des Kalten Krieges etwas herunter. Das muss er auch tun, weil er das Bild eines gemäßigten Neokonservatismus gegen die heutigen Eiferer absetzen möchte.

Die Welt stellt sich für Fukuyama nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als eine moderne griechische Tragödie dar. Hybris sei der Sündenfall der Helden des Kalten Krieges, der Sieg mache sie blind für die Realitäten. Hinzu komme bei den Neokonservativen ihr Selbstbild als „verachtete Minderheit“, die die Besserwisserien ihrer Kritiker aushalten und sich von den Europäern „als moralistische Träumer ..., als draufgängerische Cowboys oder Schlimmeres“ bezeichnen lassen mussten. In den neunziger Jahren, während der Amtszeit Clintons, habe eine intellektuelle Verflachung des Neokonservatismus eingesetzt: Anstatt sich den immer größer werdenden Problemen der Weltwirtschaft und der Entwicklungspolitik zu stellen, hätten sich Neokonservative wie William Kristol und Robert Kagan in einer „exorbitante(n) Betonung der Rolle der Macht“ ergangen. Indem sie die Ideen von gestern auf die Probleme von morgen anwandten, hätten sie die Gefahren einer globalisierten Welt übersehen. So hätten sie das immer stärker werdende Grollen des Antiamerikanismus

unter der Oberfläche der behaglichen neunziger Jahre nicht mitbekommen.

Die Verliebtheit in die heilsame Wirkung amerikanischer Macht sei kein gutes Analyseinstrument für die Anschläge vom 11. September gewesen. Sie habe Neokonservative wie Charles Krauthammer dazu verführt, den Terrorismus bzw. Dschihadismus (wie Fukuyama ihn nennt) als unmittelbare und existenzielle Gefahr zu bezeichnen, die sofortige und radikale Gegenmaßnahmen erfordere. An dieser Stelle beruft sich Fukuyama auf die Islamwissenschaftler Olivier Roy und Gilles Kepel, um zu belegen, dass der Terrorismus hauptsächlich ein Problem „in Mitteleuropa und im Nahen Osten“ sei und es nur zu vereinzelt Anschlägen käme. Der Dschihadismus sei vor allem eine Bedrohung innerhalb reicher, globalisierter Länder, vor allem in Europa. In der Panik nach dem 11. September hätten die Neokonservativen aber ganz woanders nach den Ursachen des Dschihadismus gesucht und sie im Irak vermeintlich gefunden. Damit hätten sie „das fast zwanghafte Beharren der Bush-Regierung auf einem Regimewechsel im Irak“ unterstützt.

Was den Beitrag der neokonservativen Denker zum Irak-Krieg betrifft, bleibt Fukuyama sehr vage. Einerseits bestreitet er eine direkte Verbindung zwischen der Bush-Regierung und den Neokonservativen, indem er darauf hinweist, dass Ronald Reagan ein viel neokonservativerer Präsident war als Bush. Schlüsselfiguren in der Bush-Regierung, wie etwa Dick Cheney und Donald Rumsfeld, könnten nicht ernsthaft als Neokonservative bezeichnet werden. Andererseits stellt Fukuyama es an manchen Stellen aber doch so dar, als ob die Neokonservativen die amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September bestimmen würden. Für Fukuyama haben Bush und die Neokonservativen gemeinsam ein

„tendenziös(es)“ („biased“) Meinungsklima geschaffen, das eine Reihe von Fehlern zur Folge gehabt habe: die Fehlwarnung vor den Massenvernichtungswaffen, die Brüskierung der wichtigsten Verbündeten von Deutschland bis zur Türkei sowie die chronische Unterschätzung der Schwierigkeiten, die ein Krieg gegen den Irak und der anschließende Wiederaufbau mit sich bringen würden. Der schleppende Wiederaufbau habe zudem gezeigt, dass die US-Regierung mit den bestehenden Soft-Power-Institutionen nicht umzugehen weiß. Wäre das Problem des Demokratieaufbaus mit der gebührenden intellektuellen Ernsthaftigkeit angegangen worden, hätten die Neokonservativen bei ihrer Zustimmung zum Irak-Krieg entweder etwas zögerlicher sein oder aber sie hätten größeres Augenmerk auf die Aufgabe des Wiederaufbaus legen müssen. Genügend Beispiele, wie schwierig so etwas ist, gebe es ja.

Im letzten Teil seines kurzen Buches macht sich Fukuyama Gedanken über eine alternative Strategie, die den Neokonservatismus ersetzen könnte. Das Buch beginnt mit einer persönlichen Frage. Bin ich, Fukuyama, noch immer ein Neokonservativer? Er fragt sich, „ob ich mich vom Neokonservatismus entfernt habe oder ob die neokonservativen Befürworter des Krieges aus den gemeinsamen Prinzipien, die wir immer noch teilen, die falschen Schlüsse gezogen haben“. Er beantwortet seine Frage, indem er den heutigen real existierenden Neokonservatismus mit der Zustimmung zum Irak-Krieg gleichsetzt, aber dennoch versucht, ein verloren gegangenes neokonservatives Ideal wiederzubeleben. Die alte Gegnerschaft zur Sozialtechnik findet sich in seinem „realistischen Wilsonianismus“ wieder. Mit diesem etwas schwerfälligen Begriff möchte er sich von Kristol, Kagan, Krauthammer und anderen unter-

scheiden, die der Meinung sind, dass die USA als gütiger Hegemon unipolar herrschen sollen.

Fukuyamas Aufruf zum „realistischen Wilsonianismus“ ist weit weniger präzise als seine Kritik an der Hybris der Neokonservativen. Bisweilen verfällt Fukuyama in abstrakten Politikberaterjargon, etwa wenn er vom „Multi-Multilateralismus“ schwärmt, was sich wie eine konservative Parodie auf die Demokratische Partei oder die Europäische Union liest. Auch wird nicht völlig klar, was Fukuyama sich unter einem Internationalismus jenseits der Vereinten Nationen vorstellt, der aus „eine(r) Vielfalt von Institutionen und institutionellen Formen“ bestehen soll, die „über ein breites Spektrum von Sicherheits-, wirtschaftlichen, Umwelt- und anderen Problemen ... wachen“. Die Umrisse der dschihadistischen Bedrohung – die noch für eine lange Zeit eine Priorität der amerikanischen Innen- und Außenpolitik bleiben wird – verschwimmen in solch unscharfer Rhetorik. Der schwächste Aspekt des Buches ist denn auch seine gedanklich enttäuschende und äußerst knappe Beschäftigung mit dem Dschihadismus.

Gleichwohl beinhaltet „Scheitert Amerika?“ eine schlüssige Darstellung der Geschichte des Neokonservatismus und des Kurswechsels in der amerikanischen Außenpolitik. Fukuyamas „realistischer Wilsonianismus“ versucht, einen Realismus, der sich der Grenzen amerikanischer Macht bewusst ist, mit einem Idealismus à la Woodrow Wilson zu verbinden, der sich auf das Demokratisierungspotenzial amerikanischer Macht beruft. Fukuyama verortet den realistischen Wilsonianismus innerhalb des Problemgeflechts der heutigen Globalisierung und nicht in den vermeintlichen Lehren aus dem Kalten Krieg. Fukuyama schreibt, „dass eine asymmetrische, unipolare Welt, wie sie nach dem Kalten Krieg entstanden ist,

starke neue antiamerikanische Strömungen geschürt hat.“ Die amerikanische Militärmacht sei heute konkurrenzlos, aber mit militärischer Macht allein ließe sich keine globale Demokratie schaffen; ein solcher Versuch würde den Antiamerikanismus wohl kaum reduzieren. Amerikanische Macht sei zwar effizient, aber ohne Einbindung in das Netz internationaler Institutionen, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind, sei sie auch in hohem Maße illegitim – zumindest für Nicht-US-Bürger. Die USA hätten über die Macht verfügt, das Regime Saddam Husseins zu stürzen, aber weder über die Mittel noch über den Willen, diese Invasion in den Augen der Weltöffentlichkeit als legitim erscheinen zu lassen. Fukuyama ist bereit, um größerer Legitimität willen Abstriche an der Effizienz zu machen.

Die NATO hält Fukuyama für ein Vorbild des realistischen Wilsonianismus, da deren Politik effizient sei und gleichzeitig legitimiert. In Bushs zweiter Amtszeit will er sogar bereits Anzeichen eines realistischen Wilsonianismus erkennen: Immer weniger werde die nationale Sicherheit als Kriegsgrund angegeben, mehr und mehr werde die Verbreitung von Demokratie als eigentlicher Zweck genannt. „Und es gibt wohl kaum einen Zweifel daran, dass Bush an das glaubt, was er über die Bedeutung eines Programms der Demokratieverbreitung sagt, zumindest im Prinzip.“ Doch wenig in Fukuyamas Buch weist darauf hin, dass die Bush-Regierung mit ihrer Aversion gegen multilaterale Institutionen ein Vehikel des realistischen Wilsonianismus sein kann, wie Fukuyama ihn versteht. Tatsächlich stehe ganz Amerika am Scheideweg, nicht nur die Bush-Regierung. Jetzt müssten die USA dem weltweit wachsenden Eindruck entgegenwirken, sie seien „isoliert, mit sich selbst beschäftigt und ... an den Problemen an-

derer Länder nur dann interessiert ..., wenn amerikanische Bürger in irgendeiner Weise davon betroffen sind.“

Die neokonservative Bewegung begann als liberaler Antikommunismus in der Demokratischen Partei von Harry Truman und John F. Kennedy. Anfang der siebziger Jahre waren Cheftheoretiker wie Irving Kristol und Norman Podhoretz zu den Republikanern übergeschwenkt. In der Geschichte der Neokonservativen gab es immer wieder dramatische politische Verschiebungen, Spaltungen und Brüche – „Breaking Ranks“, wie die Memoiren von Norman Podhoretz lauten. Mit „Scheitert Amerika?“ ist nun auch Francis Fukuyama öffentlichkeitswirksam aus den Reihen der Neokonservativen ausgebrochen. (Das heißt nun

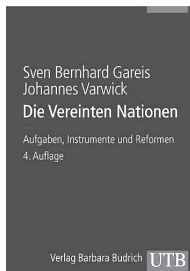
nicht, dass er alle Brücken zur Republikanischen Partei abgerissen hat; Fukuyama sitzt im Beirat des Legal Defense Trust von Scooter Libby – und Libby ist Dick Cheneys ehemaliger Stabschef.) Im Herbst 2006 und dann wieder 2008 werden die amerikanischen Wähler erneut am Scheideweg stehen, um über das richtige Verhältnis von Macht und Demokratie abzustimmen. Nicht auszuschließen, dass Fukuyamas realistischer Wilsonianismus, der sich auf das bewahrenswerte neokonservative Erbe beruft, zum Leitgedanken der Demokratischen Partei – und damit eines Tages zum Leitgedanken des Weißen Hauses wird.

Dr. Michael Kimmage, geb. 1972, ist Assistant Professor für amerikanische Geschichte an der Catholic University in Washington.

Licht ins Dickicht der UN

Das Standardwerk von Gareis/Varwick ist neu aufgelegt worden

von Helmut Volger



Sven Bernhard Gareis/Johannes Varwick:
Die Vereinten Nationen. Aufgaben, Instrumente und Reformen. 4., aktual. und erw. Auflage. Verlag Barbara Budrich (UTB), Opladen & Farmington Hills 2006. 381 Seiten, € 18,90.

Das Buch ist mit viel Schwung und einer eleganten Rhetorik geschrieben. Das lässt sich über die vierte aktualisierte und erweiterte Auflage des erfolgreichen Standardwerks „Die Vereinten Nationen“ von Sven Bernhard Gareis und Johannes Varwick ebenso sagen wie über die vorangegangenen Auflagen, die schnell eine große Leserschaft gefunden haben. Das Buch liest sich gut, man liest es durch: Das ist ein Vorzug bei Büchern über ein Gebiet, das mehr öffentliche Aufmerksamkeit, mehr Wissen und ein vertieftes Problemverständnis gut gebrauchen kann, das aber wegen seiner Komplexität oft dazu verleitet, schwer verständliche Kompendien zu verfassen, die nur Fachleuten etwas sagen. Man sollte deshalb das Buch jedem Journalisten in die Hand drücken, mit der Empfehlung, es möglichst zügig

durchzuarbeiten. Dann – so kann man sicher sein – hat er etwas Wesentliches über die UN verstanden.

Die Stärke des Buches liegt im politikwissenschaftlichen Zugang zum Thema, in der Synopse von institutionellen Strukturen und politischen Prozessen des Wandels, die auf jene Strukturen einwirken und ihren langsamen Wandel bewirken, oft aber schon längst vorher eine geänderte Praxis herbeigeführt haben, die von allen Beteiligten geduldet oder sogar stillschweigend gebilligt wird, ohne dass es dafür eine völkerrechtlich verbindliche Änderung der UN-Charta gegeben hätte.

Vor allem in den Kapiteln über Friedenssicherung, Menschenrechtsschutz, Entwicklungszusammenarbeit und Umweltschutz entfaltet diese Perspektive ihre Vorzüge: Die Autoren bieten ein detailreiches Bild der

Arbeit der Vereinten Nationen in diesen Bereichen: So verbinden sie z.B. die Darstellung der Menschenrechtsschutzinstrumente mit dem Blick auf die kontroversen Positionen der UN-Mitgliedstaaten im Hinblick auf das jeweilige Verständnis von Menschenrechten und die sich daraus ergebenden Probleme beim Menschenrechtsschutz. Das ist vorzüglich gelungen.

Es gibt jedoch Kapitel, für die sich diese Darstellungsweise nicht so gut eignet, weil sie – auf dem knappen Raum, der in einem Einführungsbuch zur Verfügung steht – die Thematik zu verdichtet darstellt und damit wichtige Sachverhalte zu knapp erörtert werden. Das ist bei den Kapiteln über das System der Vereinten Nationen und über die Reformbemühungen der Fall: Wenn man die Generalversammlung auf zwei Druckseiten darstellen will – was den Autoren durchaus gelingt –, kann man zwar alle wichtigen Probleme und Entwicklungen andeuten, doch worin die eigentliche politische und auch psychologische Bedeutung der Generalversammlung für die Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten besteht und warum sie oft als „Forum der Welt“ bezeichnet wird, bleibt unklar.

Beim Thema Sicherheitsrat kommt der Wandel der Arbeitsmethoden seit Anfang der neunziger Jahre, der zu einer größeren Beteiligung von Nichtmitgliedern des Rates, zu Mitwirkungsmöglichkeiten für nichtstaatliche Organisationen (NGOs) und zu mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit geführt hat, in der Darstellung zu kurz; ein Wandel, dem der Resolutionsentwurf, den die Schweiz und ihre Kosponsoren im März 2006 eingereicht haben, eine festere Form geben möchte.

Im Abschnitt über die nichtstaatlichen Akteure wird durch die knappe Skizze nicht genügend deutlich, dass die (NGOs) bisher durch ihre Akkre-

ditierung nur beim Wirtschafts- und Sozialrat sowie bei Weltkonferenzen und bei Sondertagungen der Generalversammlung Teilnahme- und Mitwirkungsmöglichkeiten haben, jedoch nicht bei den regulären Tagungen der Generalversammlung und beim Sicherheitsrat. Das ist schade, denn die Autoren konstatieren zutreffend die wachsende Bedeutung der NGOs. Es müsste dem Leser aber der Widerstand in Teilen der Generalversammlung gegen stärkere NGO-Beteiligung verdeutlicht werden.

Im Kapitel über die Reform der UN beeindruckt das Buch durch die Kunst der geschickten Raffung des Themas; es werden alle wichtigen Aspekte erörtert, der Leser bekommt einen guten Überblick über das Thema. Ein kritischer Einwand gilt hier lediglich dem Abschnitt über die Reform des Sicherheitsrats: Positionen und Interessenlagen sowie mögliche Konsequenzen des Scheiterns der Reform werden in knappen Formulierungen skizziert, jedoch auf einem hohen Abstraktionsniveau. Die Interessen der einzelnen Regionalgruppen, aber auch der ständigen Ratsmitglieder kommen zu kurz, ebenso wie die Frage, ob hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit des Rates und seiner Akzeptanz eine Reform der Arbeitsmethoden nicht der erfolgversprechendere Weg sein könnte.

Mit anderen Worten: Den Autoren wäre in den Kapiteln „System der Vereinten Nationen“ (Teil A, Kapitel 1) und „Reformansätze“ (Teil E, Kapitel 1) an einigen Stellen mehr Ausführlichkeit zu wünschen, die ihnen der Verlag in späteren Auflagen zugehen sollte.

Ein weiterer Wunsch: Es wäre schön, wenn die Autoren in einer weiteren Auflage dem sehr nützlichen Anhang mit seinem ausführlichen Literaturverzeichnis, Diskussionsfragen und Lektü-

reempfehlungen noch einen Abschnitt über Internet-Informationsquellen hinzufügen könnten: Es gibt seit einigen Jahren neben der UN-Homepage www.un.org ausgezeichnete Informationsseiten von NGOs über die Vereinten Nationen, z.B. die Webseite des Global Policy Forum www.globalpolicy.org.

Es ist dem Buch, das dem Leser differenzierte Einsichten in die Möglichkeiten und Probleme der Vereinten Nationen vermittelt, zu wünschen,

dass es vielen Menschen die Arbeit der UN verständlich macht. Die beiden Autoren haben mit der aktualisierten und erweiterten Neuauflage ihres Buches allen denjenigen, die sich vielleicht seit dem Weltgipfel 2005 stärker für die Vereinten Nationen interessieren, eine exzellente Einführung zur Verfügung gestellt.

Dr. Helmut Volger ist Koordinator des Forschungskreises Vereinte Nationen.

Das Recht, zu wissen

Robert Irwin verteidigt die Orientalistik gegen Edward Said

von Wolfgang G. Schwanitz



Robert Irwin:
For The Lust Of Knowing. The Orientalists and Their Enemies.
Allen Lane
(Penguin), London
2006.
410 Seiten,
£ 25,00.

Fast drei Jahrzehnte sind vergangen, seit der palästinensisch-amerikanische Literaturwissenschaftler Edward Said sein Buch „Orientalismus“ veröffentlicht hat. Freilich ist dieser Begriff mehrdeutig. Vor allem im Deutschen kann Orientalism als Kunstrichtung, Ideologie oder Fachgebiet Orientalistik übersetzt werden. Said meinte mit Orientalismus meist eine typische Art der westlichen Vormacht über den Orient.

Dabei kritisierte Said vor allem die britischen und französischen Orientalisten. Ihre deutschen Kollegen, die im 19. Jahrhundert federführend in der Orientalistik waren, sparte er aus. Dies hing auch damit zusammen, dass der vor drei Jahren verstorbene Said kaum deutsche Literatur rezipierte. Jedoch betrifft auch die Deutschen dessen Kernthese: Orientalisten hätten Kolonialismus und Imperialismus den Weg geebnet und den Orient als Idee eines (zu beherrschenden) Anderen erst geschaffen. Der Orient und der orientalistische Diskurs seien lediglich Konstrukte des Westens.

Obwohl es harsche Kritiken durch die Orientalisten gab, die zahlreiche Fehler bei Said enthüllt haben, ließ dieser von seiner Kritik nicht ab und

nahm keinerlei Korrekturen in den vielen Auflagen seines Werkes vor, das zu einer Art Kultbuch aufstieg. Irgendwann musste der Tag kommen, an dem ein Autor Said gründlich widerlegen würde. Aber dies konnte nur voluminös geraten, denn Said hat in einem Rundumschlag weit ausgeholt und die ersten Schuldigen für die Misere des Orients schon bei den alten Griechen vermutet. So musste sein Kritiker von der Antike an viele Texte in griechischer und lateinischer Sprache sowie in drei Sprachen des Islams auf Saids Anwürfe prüfen (der selbst übrigens nicht diese Sprachen beherrschte).

Zwar gab es schon Bücher, die einen Überblick über die Debatte boten, etwa die beiden Bände von Alexander L. Macfie („Orientalism. A Reader“, 2000; „Orientalism“, 2002), mit denen sich Robert Irwin leider nicht befasst. Andere Autoren haben Said verteidigt wie Muhammad Shahid Alam, Ziauddin Sardar und Zachary Lockman, oder ihn kritisiert wie Bernard Lewis, Sadiq Jalal al-Azm, Fuad Ajami und jüngst Kristian Davies, um nur wenige zu nennen. Deutschsprachige Autoren hielten sich im Streit um den Orientalismus bedeckt, abgesehen von Arti-

keln Bassam Tibis und Hartmut Fähndrichs. Doch legten Deutsche keine eigenständigen Bücher vor, die allein Edward Saids Werk galten und ihn überwinden. Dem nahe kamen Nina Berman („Orientalismus, Kolonialismus und Moderne“, 1996) und Isolde Kurz („Vom Umgang mit dem Anderen. Die Orientalismus-Debatte zwischen Alteritäts-Diskurs und interkultureller Kommunikation“, 2000). In jüngster Zeit erschienen drei Bände, in denen Ludmila Hanisch („Die Nachfolger der Exegeten. Deutschsprachige Erforschung des Vorderen Orients in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, 2003), Sabine Mangold („Eine ‚weltbürgerliche‘ Wissenschaft. Die deutsche Orientalistik im 19. Jahrhundert“, 2004) und Andrea Polaschegg („Der andere Orientalismus. Regeln deutsch-morgenländischer Imagination im 19. Jahrhundert“, 2005) aber eher auf die Geschichte der Orientalistik oder auf Wahrnehmungsprobleme des Orients, jedoch nicht auf eine Revision Saids abzielten.

Bleibt also nur der Blick in den angelsächsischen Raum. Hier hat Said jetzt in Robert Irwin seinen Meister gefunden. Der Forscher lehrte an der Londoner Universität Mittelalterlichen Islam und schrieb fünf Bände zur klassischen arabischen Literatur, zur islamischen Kunst und zu den Mamluken. Er hat in seinem neuesten Buch „For Lust of Knowing: The Orientalists and Their Enemies“ mit Blick auf Saids Werk die Geschichte der Orientalistik von den Anfängen an durchforstet. Hierbei konzentriert er sich auf Mittelost und auf die Arabistik. Seine Ergebnisse sind für die aktuellen Zwiste um den Zusammenprall der Zivilisationen sehr grundlegend. Wer an die Wurzeln der jüngsten Konflikte zwischen Orient und Okzident gehen will, findet bei Irwin Einsichten in deren historische Dimensionen.

Hier ist nicht der Raum, die Argumente Irwins detailliert darzustellen. Da er in seinem Buch einen Nachfolgeband angekündigt hat, soll nur knapp auf Leerstellen seines Werkes eingegangen werden. Es erscheint so, als ob Irwin die Rolle der deutschen Orientalisten leicht überhöht hat. Sicherlich führten sie von 1845 bis 1914 das Feld in Europa an. Jedoch gab es zuvor schon britische Orientforscher, die bei ihm etwas zu kurz kommen. (Bernard Lewis verweist auf sie in seinem Beitrag „British Contributions to Arabic Studies“ von 1941). Später gab es auf den Inseln den linken Orientalismus, der die Lösung im marxistischen Ansatz sah. Beispiele sind Bryan S. Turner („Marx and The End of Orientalism“, 1978) und Fred Halliday.

Irwin hat die Theorien vieler universitärer Forscher hervorragend dargestellt. Andere, etwa die am Berliner Seminar für Orientalische Sprachen und am Hamburger Kolonialinstitut, hat er vernachlässigt. Dabei verlor die Islamwissenschaft schon durch ihre Gründer wie Martin Hartmann und Carl Heinrich Becker ihre Unschuld, indem diese sich dafür einsetzten, im Ersten Weltkrieg den Dschihad gegen Briten, Franzosen und Russen im kolonialen Hinterland zu führen. Irwin handelt dies am Rande ab und meint wohl nicht, dass dies 1916 auch die Bildung der Schule für Orientalische und Afrikanische Studien in London beeinflusste.

Kritik an Edward Saids Orientalismusbegriff findet sich auch in Hasan Hanafis „Einführung in die Wissenschaft der Okzidentalistik“, Ian Burumas und Avishai Margalits „Okzidentalismus“ sowie auf den Webseiten etwa von Martin Kramer und Daniel Pipes. All dies schmälert aber Robert Irwins großen Wurf überhaupt nicht.

Dr. Wolfgang G. Schwanitz, geb. 1955, Arabist und Nahost-Historiker, lehrt am Burlington County College in New Jersey.